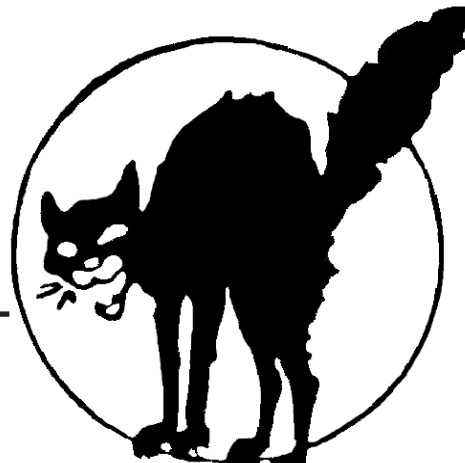


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Eine nicht wirkliche Alternative

Die Konservativen geifern wieder einmal, dass die heutige Jugend zu schwach und weich sei und sich mit allen Mitteln vor dem vaterländischen Dienst in der Armee drücken wolle. Gegen die „Abschleicher“ soll vorgegangen werden. Solange die Wehrpflicht besteht, muss der Zivildienst erhalten bleiben. Doch langfristig muss die staatliche Zwangsarbeit fallen.



Im Sommer verkündete der Bundeszweig Parmelin, damals noch Kriegsminister, der Armee würden die Soldat_innen ausgehen. Was eigentlich Grund zum Jubeln wäre, trieb ihm Falten auf die Wein erprobte Stirn: Mensch müsse Gegensteuer geben und den Zugang zum Zivildienst erschweren. Damit rief er bei erzkonservativen Altmännerriegen Schauer des Entzückens hervor, denen die Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 schon immer ein Stachel im Hintern ist.

Rund ein halbes Jahr später ist das Parmelinchen Wirtschaftsminister und – oh Wonne, oh Gloria – zuständig für den Zivildienst. Am 20. Februar hat er nun verkündet, wie er die vaterlandszersetzende Organisation namens Zivildienst davon abhalten will, dem Militär die besten Männer zu rauben¹:

- Wer nach der Rekrutenschule die Armee verlassen will, muss mindestens 150 Diensttage Zivildienst leisten.
- Es soll für den Wechsel eine Wartefrist von 12 Monaten eingeführt werden. Während dieser Zeit muss weiter Militärdienst geleistet werden.
- Auch (Unter-)Offiziere, die in den Zivildienst wechseln, müssen dort 1.5 Mal mehr Diensttage leisten. Bis jetzt galt der Faktor 1.1.
- Zudem sollen Auslandseinsätze im Rahmen des Zivildienstes nicht mehr möglich sein.

¹ Als rechter Sack dachte er offensichtlich nicht an die riesige brachliegende Reserve an nicht der Dienstpflicht unterliegenden Frauen im besten Gewehralter – zum Glück für sie!

(weiter auf Seite 2)

März/April 2019

Nr. 57, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Proteste und Streiks in Sudan 4

Der Diktator Al-Bashir und seine Partei überlebten den arabischen Frühling. Doch seit Dezember gehen täglich Tausende auf die Strasse und fordern deren Ende. Den neuen Gewerkschaften wird mehr Vertrauen geschenkt als den Parteien.

Gastronaut_innen aller Tresen vereinigt euch! 6

Die Gastronomie ist auch in Deutschland von tiefen Löhnen und miserablen Arbeitsbedingungen geprägt. In ihrer Arbeit stiess die FAU Freiburg i.B. (DE) auch auf gezielte Ausbeutung von Migrant_innen.

„Wenn Frau will, steht alles Still“ 7

Unter diesem Motto erfasste am 14. Juni 1991 der grösste Streik seit 1919 die Schweiz. Eine halbe Million Menschen nahm Teil. Doch schon seit Jahrzehnten hatte sich die Wut, dass sich trotz Gesetzen nichts änderte.

Das andere Geschlecht 10

Simone de Beauvoirs Werk ist auch heute noch aktuell und viel beachtet.

Rubriken Rechtliches 12

Editorial

*Der März ist da und damit steht auch der Frauen*kampftag am 8. März vor der Tür. Und da bewegt sich einiges. In Deutschland und in Spanien ist der Frauen*generalstreik angekündigt. In der Schweiz folgt der Streik historisch bedingt erst am 14. Juni. Denn 1991 fand an diesem Datum mit dem ersten Frauenstreik der wahrscheinlich grösste Streik in der Schweiz statt. Damals gingen eine halbe Million Menschen auf die Strasse, weil sich die Regierung zwar zu Gleichberechtigung bekannte, aber dafür keinen Finger rührte bzw. rührt. Hintergründe dazu findest du ab Seite 7.*

Worum sich der Staat lieber kümmert als um Rechte ist Unterdrückung. Dem Militär gehen die Staatssöldner_innen aus. Deswegen greift er wieder einmal den Zivildienst an. Auch wenn dieser besser als Militärdienst ist, bleibt die Losung immer noch: Weg mit Wehrpflicht jedweder Art!

Auch im Sudan bewegt sich einiges. Der dortige Diktator Al-Bashir hält sich nun seit 30 Jahren mit Gewalt und Bestechung an der Macht. Bisherige Revolutionen sind gescheitert. Doch mit der jetzigen Inflation und der damit verbundenen Armut der Arbeiter_innen wird es eng: Seit Dezember gehen täglich Tausende auf die Strasse und fordern Al-Bashirs Ende. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die neuen Gewerkschaften im Land. Mehr dazu auf Seite 4.

Ab Seite 6 findet sich ein Bericht der FAU Freiburg (DE) zu ihrer Kampagne in der Gastronomie. Dabei wird klar, dass die Bosse in den Restaurants gezielt die Unwissenheit und Sprachbarrieren von manchen Migrant_innen für ihren Profit missbrauchen und sich dabei auf rassistische Gesetze des Staats verlassen können. Und genau dort hilft dir eine Gewerkschaft im Rücken, welche dir die volle Definitionsmacht über Arbeitskampftag und -mittel überlässt. Also Gastronom_innen aller Länder vereinigt euch.

**Solidarisch,
Eure Fauistas**

Zivildienst

(von Seite 1)

Ein Massnahmenpaket unter dem Motto: Das wird es der verweichlichten Jugend zeigen! Wenn die Jugend das Sinnlose, Mühsame und Langweilige nicht machen wollen, dann machen wir eben die Alternative sinnloser, mühsamer und langweiliger. Sollte von seiner Politik auf seine Kindheit geschlossen werden können, war Parmelin im Kindergarten ganz sicher derjenige, der die Spielzeuge der anderen Kinder kaputt gehauen.



Das Militär muss weg

Das Militär ist teuer, unnützlich und seine Hauptaufgabe ist die Tötung von Menschen. Die Tötung von Menschen, ohne nach den Gründen zu fragen. Blinder Gehorsam, Disziplin und strenge, unhinterfragbare Hierarchien. Was diese Hierarchien antreibt und was das Ziel des ganzen Vereins ist, bleibt den Soldat_innen unklar. Im am wenigsten schlechten Fall decken sich die Ziele der Armee mit dem was der Staat will, im schlechtesten decken sie sich mit dem was die Armee ausmacht: Blinder Gehorsam, Disziplin und strenge, unhinterfragbare Hierarchien. Klingt nicht gerade nach Demokratie. Der Zivildienst ist aber nicht das demokratische Gegenteil von Militär, wie das VBS selber schreibt: „Er ist keine frei wählbare Alternative zum Militärdienst und bleibt eine besondere Form der Erfüllung der

Wehrpflicht“.² Wer Zivildienst leistet, ist also Teil des gleichen Programms wie Rekrut_innen, aber halt ohne Waffen, ohne Mordtraining mit weniger (oder anderen) Hierarchien, weniger Uniform und ein bisschen planbareren Einsätzen. Dass beides Variationen der selben Melodie sind, merkt, wer bei Zivildienst oder Militär die Arbeit verweigert oder abzischt: Die Reise führt vor den Militärrichter und dann in den Knast. Wer nicht komplett verweigert und dafür einsitzen will, steht also vor der Frage Zwangsarbeit oder Zwangsarbeit?

Die sinnvollere Zwangsarbeit

Trotzdem ist jede geleistete Minute im Zivildienst nützlicher als jede Stunde in der Armee. Klar hilft die Armee bei Unwettern beim Aufräumen und präpariert die Skipisten für die Rennen in Adelboden, Wengen und in der Lenzerheide, aber das ist weder die mehrheitlich geleistete Arbeit noch Aufgabe, geschweige denn Hauptaufgabe der Armee. Für fast alle dieser „nützlichen“ Aufgaben wäre, gemäss der Logik des Staates, der Zivildienst oder die Polizei zuständig. Doch Zivis helfen Menschen im Alltag,

sie sichern Kulturgüter, helfen in der Landwirtschaft. Sie erledigen also auf die eine oder andere Art eine gesellschaftlich nützliche Arbeit, ihre Tätigkeiten sind in den Bereichen, durch die jede Gesellschaft zusammengehalten wird: Betreuung, Pflege, Soziales, Kultur. Aber natürlich sind diese nützlichen Dinge für die runzligen kalten Krieger nicht gleich wertvoll wie stundenlang in der Sonne stehen, im Wald am Boden liegen oder hochtechnologisiertes Rüber-und-Poli spielen.

Nix mit Faulenzen

Es gibt genügend Gründe gegen den Zivildienst zu sein: aufgrund seines Einflusses auf die Arbeitswelt, aufgrund der

² <https://www.vtg.admin.ch/de/mein-militaerdienst/stellungspflichtige/zivildienst.html>

Einrichtung einer Etappenorganisation (die Kriegsunterstützung hinter der Front) oder ganz einfach weil Zwangsarbeit an und für sich etwas schlechtes ist. Aber Faulenzertum und Abschleichertum und andere Dolchstosskonzepte gehören da sicher nicht dazu: Ein Zivi leistet das anderthalbfache an Diensttagen von Rekrut_innen und muss sich seine Einsätze selber suchen, was mittlerweile mehr oder weniger einer Stellensuche auf dem ersten Arbeitsmarkt entspricht, reihenweise Ablehnungen oder ausbleibende Antworten inklusive. Und wer drei Monate in einem Lagerhaus am anderen Ende des Landes „kaserniert“ war, wird auch nicht freudig unterschreiben, dass sein Dienst „in Bezug auf die beträchtlichen persönlichen Entbehrungen mit einer militärischen Dienstleistung nicht zu vergleichen“ sei.

Kostendruck führt zweitens auch dazu dass die Zivis für alle Aufgaben eingesetzt werden, für die es – im besten Falle – keine Pflegeausbildung braucht. Mit anderen Worten übernehmen die Zivis zunehmend die zeitintensiven soziale Betreuung in Alters- oder Pflegeheimen und die wenigen verbliebenen Pfleger_innen hasten von Zimmer zu Zimmer, von Notfall zu Notfall, von Strichcode zu Strichcode um Medikamente zu verabreichen, Menschen aus dem Bett zu nehmen oder sie wieder hineinzubringen. Kein Wunder brennen die Pfleger_innen reihenweise aus und kein Wunder beschwerten sich die Spitäler und Pflegeinstitutionen über die geplanten Zutrittsverschärfungen zum Zivildienst: Die Geschäftsführerin Anne Bütikofer des Spitalverbands H+ etwa sagt: „Diese Zivildienstleistenden fehlen

in den Spitälern, Kliniken und Institutionen. Das führt zu Unsicherheiten“.

Abgänge nicht ersetzt

Einem FAU-Mitglied geschah es, dass während seines langen, halbjährigen Pflege- und Betreuungseinsatzes im Pflegezentrum Käferberg in Zürich zuerst der Stationsleiter

absprang. Die Vertretung ward nimmer gesehen, da diese eigentlich die Leitung einer anderen Station inne hatte. Gleichzeitig wurden ihm immer mehr Pflegearbeiten aufgehalst. Als dann eine Person wegen der Geburt ihres Kindes ausfiel – was ja schon lange vorher planbar war – passierte wieder nichts. Am Schluss wurde der Zivi von den Chefs in ihren schicken Designerbüros als vollwertiger Pflegeassistent angesehen, in der Realität sah es anders aus. So dass schlussendlich die anderen Pfleger_innen noch mehr rennen mussten und die Betreuung immer miserabler wurde. Denn durch die gestrichenen Stellen wurde schlichtweg auch die menschliche Betreuung weggespart. In einem halben Jahr war

das „normale“ Personal auf dem besten Weg ins Burnout. Der Zivi sorgte lediglich dafür, dass auf dem Papier alle Stellen „besetzt“ waren.

Versteckte Subventionen

Entgegen allen Beteuerungen der Verantwortlichen werden durch die Zivildienstleistenden direkt Arbeitsplätze konkurriert, teilweise – und das ist besonders schwerwiegend – in Berg- und Randgebieten. Das Pradotel in Churwalden hat als ehemaliges Schullagerhaus der Stadt Schaffhausen und heute von einer gemeinnützigen Organisation geführte Gruppenunterkunft die Möglichkeit, im Winter zwei Zivildienstleistende einzustellen. Die Zivis kümmern sich um alles Mögliche was anfällt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Konnte kein Zivi verpflichtet werden oder haben beide frei, wird eine Frau aus dem Dorf angestellt. Sind zwei Zivis da, verdient die Frau nichts. Ähnlich verhält es sich zum Teil mit grösseren Bauernbetrieben in Bergregionen, bei denen Zivis als moderne Knechte arbeiten. Wären keine Zivis da und könnten keine Familienmitglieder zusätzlich geholt werden, müssten die Betriebe zu gewissen Zeiten Helfer_innen anstellen. Es wäre doch sinnvoller, wenn die Bauern und Bäuerinnen statt über das VBS versteckte Subventionen in Form von Zivis zu erhalten, diese direkt als Lohnbeitrag für Helfer_innen bekämen.

Weg mit der Wehrpflicht

Trotz der Verteidigung des Zivildiensts gegen die Pläne Parmelins bleibt der Zivildienst staatliche Zwangsarbeit. Ganz im Sinne von „arbeite für mich oder bezahl mich“. Unser endgültiges Ziel muss natürlich sein, die Wehrpflicht abzuschaffen. Zwangsrekrutierung im Namen des „Vaterlandes“ muss aufhören. Vor allem da sich die Bonzen(söhne) ohne weiteres freikaufen können, während wir hier unten für den Staat Schwitzen und Bluten sollen.

smf



Zivis sind gern gesehen in Altersheimen. Dort erledigen sie die Arbeit, wofür die Pflege wegen Spardruck keine Zeit mehr dafür hat: Die Betreuung.

Pflege-Job-Killer Zivi

Das ganze Wesen des Zivildiensts ist aber durchaus problematisch. Nicht nur weil so die Etappe gesichert wird, sondern auch weil der durch den Zivildienst geöffnete „dritte Arbeitsmarkt“³ auch konkrete Einflüsse auf Jobs im ersten Arbeitsmarkt hat und zwar auf verschiedene Arten: Erstens werden die günstigen Zwangsarbeiter_innen nicht nur von rechtsliberalen Politiker_innen dazu benutzt um Kürzungen bei Pflege und Betreuung durchzudrücken, da es ja „schon irgendwie geht“, der

³ Nach dem eigentlichen Arbeitsmarkt, werden in der Schweiz die geschützten Arbeitsplätze für Leute mit psychischer oder physischer Behinderung als zweiter Arbeitsmarkt bezeichnet.

Aufruf an alle Frauen*

**AUF ZUM
FRAUEN
STREIK**



am 14. Juni 2019

Seit Jahren schwafelt die Regierung und die Wirtschaft von Gleichberechtigung, gemacht haben sie wenig. „Lohn-gleichheit? Ja Sicher! Griffige Massnahmen bei Unter-nehmen? Das dann doch nicht...“. Staat und Wirtschaft werden nicht von sich aus aktiv in dieser Sache, denn die weissen alten Säcke in Regierung und Unternehmen profitieren massiv von der Unterdrückung von Frauen*, Transgender-Personen und anders definierten.

Die Unterdrückten dieser Welt müssen den Kampf um ein besseres Leben selbst in die Hand nehmen. Das trifft auch für vom Patriarchat Unterdrückte zu.

Auch solidarische Männer* können den Streik unterstüt-zen. Mittlerweile gibt es verschiedene Unterstützungs-gruppen, welche noch dringend auf Mithilfe angewiesen sind. Oder frag doch einfach deine Genoss*innen, wie du sie unterstützen kannst.

Die FAU Bern ruft alle Menschen zur Beteiligung jedweder Art am Streik auf. Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Am 26. März veranstaltet die FAU Bern einen offenen Stammtisch zu Frauen*Streik. Ab 19.30 Uhr im Säali der Brasserie Lorraine.

weitere Infos zum Streik u.A. auf:
www.Frauenstreik2019.ch
oder www.frauen-streiken.ch

Proteste und Streiks im Sudan

Die Bevölkerung des Sudans wird gerade von zwei Seiten bedrängt. Einerseits ist die Inflation durch Misswirtschaft, die Abspaltung des Südsudans 2011 und Vetternwirtschaft massiv gestiegen, so dass sich manche nicht mehr mal Brot leisten können. Andererseits regiert der Diktator Omar Al-Bashir mit eiserner Härte. Trotzdem gehen seit Monaten tausende von Menschen gegen ihn und sein Regime täglich auf die Strasse. Besonders die gewerkschaftliche Bewegung wächst, während die parlamentarische Opposition im Land auf verlorenem Posten steht.

Vettern(miss-)wirtschaft

Omar Al-Bashir kam 1989 mittels Militärputsch an die Macht und hat dem multi-Religiösen Land eine Spielart der Sharia aufgezwungen. Ausserdem ist die Regierung in engem Kontakt mit der Muslimbruderschaft, welche nach dem Ägyptischen Frühling kurz an die Macht

kam und Verbindungen zu *Al-Qaida*, Erdogan's AKP und *Boko Haram* in Nigeria unterhält. Die Regierung gilt als hochgradig korrupt und hat wichtige Posten im Staatswesen und auch im Privatsektor mit loyalen Personen besetzt.

International gesucht und hofiert

Al-Bashir ist der erste Staatschef, gegen den noch während seiner Regentschaft ein Haftbefehl durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag ausgestellt wurde. Dieser wird mangels internationaler Unterstützung nicht wirklich umgesetzt: Al-Bashir konnte sich seither frei in Südafrika, Iran, und China bewegen, ohne dass der Haftbefehl umgesetzt worden wäre. Al-Bashir war nachweislich in Völkermorde und Kriegsverbrechen im Darfur-Konflikt, einer Provinz des Sudans, verstrickt. Dort wurden zum Teil Dörfer ethnischer Minderheiten bombardiert, um die Dörfer nach der Flucht der Bewohner_innen mit Regimetreuen neu zu besetzen.

Auch die europäischen Staaten denken nicht daran, Al-Bashir anzurühren. Europa ist sich wie schon im Falle der Diktatur in der Türkei nicht zu schade, mit einem Massenmörder wie Al-Bashir zu kooperieren, um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Die Solidarität der Kapitalist_innen ist eben sehr stark.

Krise treibt Menschen auf die Strasse

Seit längerem leiden die Menschen im Sudan an der Misswirtschaft der Regierung. Das Bashir-Regime benutzt den Grossteil der staatlichen Einnahmen für die politische Elite oder baut den Repressionsapparat weiter aus. Doch seit ein paar Jahren steigt die Inflation ins Unermessliche, so dass sich die Arbeiter_innen kaum mehr das Brot zum Überleben leisten können. Die offiziellen Geschäfte verkaufen zum Teil ihre Waren gar nicht mehr, da diese eine Stunde später schon einiges mehr Wert sind, der Schwarzmarkt floriert, Benzin und Lebensmittel werden knapp.

Schon anfangs 2018 kam es zu ersten Protesten, nachdem die Regierung nach einem Besuch des *Internationalen Währungsfonds IWF* ein wahres Hungerbudget aufstellte, welches die ohnehin nicht grossen öffentlichen Dienste noch weiter zusammenschumpft. Seither geht ein äusserst breites Bündnis auf die Strasse. Am prominentesten vertreten sind dabei die Jugend und die neuen Gewerkschaften.

Mehr Vertrauen in die Gewerkschaften

Al-Bashir fegte 1989 mit seinem Putsch auch gleich die Gewerkschaften weg und ersetzte sie mit eigenen Pseudo-Gewerkschaften. Diese stehen für das Regime ein, nicht für die Arbeiter_innenklasse. Mittlerweile bilden sich jedoch immer mehr unabhängige Gewerkschaften. Eine davon ist die *Sudanese Professionals Association SPA*, welche z.B. Lehrer_innen, Journalist_innen und Anwalt_innen vertritt. Zur Anfangszeit forderte die SPA höhere Mindestlöhne. Mittlerweile hat sich die selbstorganisierte Gewerkschaft dem Ruf nach einer Revolution und der Absetzung Al-Bashirs angeschlossen. Gruppen wie die SPA geniessen mittlerweile mehr Unterstützung als die Opposition, welche sich seit langem als handlungsunfähig erwies und erst auf die Proteste aufsprang, als diese schon in vollem Gange waren. Die parlamentarische „Opposition“ wird gar von vielen als Marionette der regierenden *National Congress Party NCP* gesehen.

Streiks und Proteste im ganzen Land

Die Proteste sind sehr schnell angewachsen. Teilweise gibt es hundert verschiedene Proteste im Land mit Hunderttausenden Menschen auf der Strasse. Die Beteiligung der verschiedenen Arbeiter_innenorganisationen äussert sich auch in den grossen Streikwellen. So beschlossen die Ärzt_innen bei Beginn der Proteste die Arbeitsniederlegung. Seither werden nur Notdienste verrichtet, was angesichts der Brutalität der Sicherheitskräfte leider im-

mer noch viel Arbeit bedeutet: schon in der ersten Woche wurden über 400 Menschen verletzt und über 20 Menschen getötet. Mittlerweile haben sich auch die Dockarbeiter_innen den Streiks angeschlossen.

Nach dem Zuckerbrot...

Proteste im Sudan wurden unter Al-Bashir und seinem aufgeblähten Sicherheitsapparat bisher meist einfach nur mit der Keule niedergeschlagen. Doch die Not und die Entschlossenheit der Bewegung, macht nun selbst der Regierung Angst. Schon nach ein paar Wochen sprach sich die Regierung für Reformen aus. Anfangs Februar hatte das Regime zudem angekündigt, die an den Protesten Festgenommenen freizulassen.



Seit Monaten geht die Bevölkerung des Sudans auf die Strassen. In zwei Provinzen wurden die Hauptquartiere der Regierungspartei angezündet.

... mehr Repression und Zensur

Doch daraus wurde nichts. Anstatt die Gefängnisse zu leeren, werden sie weiterhin grosszügig gefüllt. Ungefähr zeitgleich mit der Ankündigung wurde der Fall eines Lehrers bekannt, welcher nach einer Demonstration zuhause festgenommen und dann zu Tode gefoltert wurde. Die Regierung geht mittlerweile mit äusserster Härte gegen die Proteste vor. Landesweit verwendet sie nicht nur Tränengas, sondern schieisst auch auf die Menschen. Auch prominente Oppositionelle werden davor nicht verschont. Meist landen sie oder ihre Familien im Knast. Bisher scheint die Repression jedoch

nicht anzuschlagen. Daran wird auch der erklärte nationale Notstand nichts ändern, auch wenn dieser die Macht noch mehr in der Zentralregierung bündelt und den Sicherheitsapparat mit weiteren Kompetenzen ausstattet. Ausserdem wurden die Gouverneure durch Militärs und Sicherheitsbeamte ersetzt und spezielle „Tribunale“ erlauben Verurteilungen im Schnellverfahren. Der ehemals „allmächtige“ Staat scheint zu wanken und rüstet nun in grosser Panik auf.

Revolution?

Der Durchhaltewille der Bevölkerung ist bewundernswert. Seit Monaten gibt es täglich Proteste und daran ändert auch die Staatsgewalt wenig. Und die Bevöl-

kerung des Sudans hat es schon 1964 und 1985 geschafft, die damaligen Diktatoren aus dem Amt zu jagen. Al-Bashir sitzt im Vergleich zu den Diktatoren 1964 und 1985 fest im Sattel und hat massive staatliche Mittel in die Bestechung und Hofierung von Militär und Sicherheitskräften gepumpt, um deren Loyalität zu sichern. Daher bleibt abzuwarten, ob das Militär sich von ihm abwenden wird. Zudem

fürchten viele hohe Militärs das gleiche Schicksal wie Al-Bashir nach seiner Absetzung: Der internationale Schutz vor den internationalen Haftbefehlen bleibt nur solange bestehen, wie Al-Bashir an der Macht und somit nützlich bleibt. Bisher blieben die Proteste von Seiten der Demonstrierenden relativ friedlich, wie lange dies angesichts der Wut und der massiven Angriffe durch den Staat noch so bleibt, ist offen. Im Westen versuchen Exil-Organisationen und -Sudanese_innen den Druck auf unsere Regierungen zu erhöhen. Und auch wir täten gut daran, sie darin zu unterstützen.

Gastronaut_innen aller Tresen vereinigt euch!

Die Gastronomie ist in Deutschland ein hochprekärer Job. Dabei werden auch oftmals Sprach- und Rechtsunkennisse von Migrant_innen ausgenutzt.

Lohnklau in malerischer Kulisse

Freiburg im Breisgau und die Region ist bekannt für den Schwarzwald und den damit zusammenhängenden Tourismus. In malerischen Berglandschaften gibt es aber viele schlechte Arbeitsbedingungen, gerade in der Tourismusbranche. So auch am Fuße des Feldbergs. In einem Hotel wurde wohl auf die Unwissenheit über das Arbeitsrecht einer migrantischen Arbeitskraft spekuliert, ihre Sprachbarrieren und die Abgeschlossenheit des Arbeitsplatzes. Hier konnte die FAU Freiburg die ausstehenden Löhne eintreiben.

Das ist eine von vielen Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Jahren in der Freiburger Gastronomie geführt haben. Mit diesem Text wollen wir in fünf Beispielen zeigen, was wir dabei gemacht haben und auf welche Grenzen wir gestoßen sind.

Kein Studium – Keine Versicherung

Während des Studiums scheint so ein Minijob eine gute Sache. Du bekommst brutto wie netto das Gleiche, da du anderweitig versichert bist. Doch was tun, wenn das Studium zu Ende ist und du dann keine Krankenversicherung mehr hast, die Vergünstigungen des Student_innendaseins wegfallen und 9€/Std. brutto in netto auf einmal erheblich weniger sind, wenn davon noch eine Versicherung bezahlt werden soll. Dann kommt die Tragweite von Löhnen unter 15€/Std. und das Minijobdesaster erst zutage. Wohngeld und Minijob funktionieren wegen der extrem hohen Mieten in Freiburg so gut wie nie bzw. die Frage der Versicherung ist nicht gelöst. Das „Aufstocken“ beim Jobcenter ist eine Möglichkeit, die aber viele scheuen. Die Abschreckung des Hartz IV Regimes funktioniert. Eine weitere Möglichkeit ist, zu versuchen, die Chefs dazu zu bringen, dich sozialversicherungspflichtig knapp über der Minijobgrenze anzustellen. Damit ist wenigstens die Versicherung bezahlt. Dies und das Durchsetzen der Lohn-

fortzahlung im Krankheitsfall war hier ein Vorgehen, das auf äußerst prekärem Niveau eine kleine Verschnaufpause brachte.

doch die Löhne. Diese blieben weit unter dem Mindestlohn. So wie weiter unterirdische Löhne gezahlt wurden, war auch nie klar, wer warum wie viel bekommt.

Schichten wurden nicht bezahlt, Geld kam zu spät oder unregelmässig, auf dem Papier wurden zwar Mindestlöhne gezahlt, real aber nicht. Die Löhne unterschieden sich deutlich von Kolleg_in zu Kolleg_in, die Trinkgeldverteilung: undurchsichtig – es gab sehr viele Spaltungslinien im Betrieb. So nutzte der Chef die rassistischen Gesetze aus. So waren viele der Kolleg_innen nicht nur wegen der Miete und Co. auf das Geld angewiesen, sondern auch um ihren Aufenthaltsstatus, der daran gekoppelt ist, nicht zu verlieren. Sie müssen für den Aufenthaltstitel ohne Sozialleistungen ihren Unterhalt für sich

und die Familie selbst bestreiten, und das bei Löhnen weit unter dem Mindestlohn – sie arbeiten sehr sehr viele Stunden. Wir haben Betriebsversammlungen gemacht und mit den Arbeiter_innen diskutiert. Nach einem mehrere Monate andauernden Prozess stand das Ergebnis: Das Risiko war den KollegInnen zu hoch, geltendes Recht durchzusetzen und Wirklichkeit werden zu lassen. Sie hatten Angst, dadurch ihren Aufenthaltstitel zu verlieren. Rassismus in Gesetzen erschwert Kämpfe und drückt, wie hier im Betrieb, die Löhne für Alle.

Besuch doch mal deinen Chef....

Anfang 2017 kam ein FAUler mit einer Person ins Gespräch. Dabei stellte sich heraus, dass der Person Lohn vorenthalten wurde. Der Chef schien die Unwissenheit der Person auszunutzen und vertröstete sie immer wieder und zahlte den Lohn nicht. Wir machen öfters die Erfahrung, dass Unwissenheit gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund ausgenutzt wird. Im Gespräch kam weiter zutage, dass beim vorherigen Job ebenso ein Teil des Lohnes nicht gezahlt wurde.



Lohnklau und Bitte, die Arbeitsmittel selber mitzubringen

Bei einem Pizza und Co.-Lieferdienst ist es normal, dass die Ausfahrer_innen dies mit ihrem eigenen Auto machen sollen. Dafür gab es eine minimale Pauschale, die nicht mal ganz das Benzin abgedeckt haben, geschweige denn die Anschaffung, Abnutzung und eventuell auftretende Unfallschäden. Darüber hinaus war der Chef ständig sehr kreativ, Stunden bei der Lohnabrechnung zu „vergessen“ und die Löhne dann auszuzahlen, wenn es ihm gerade passte. Dort konnten wir erreichen, dass es mehr Geld fürs Auto gibt und die ausstehenden Löhne gezahlt wurden. Hier wie bei allen in diesem Gewerbe sei empfohlen: Schreibt euch eure Arbeitszeiten selber auf, lasst sie vom Chef unterschreiben, dann lässt es sich auch sehr einfach eintreiben.

Pizzeria – wenn rassistische Gesetze Kämpfe erschweren

In einer Pizzeria wurde zwar die gesetzliche Einführung des Mindestlohns dazu genutzt, die Preise zu erhöhen – nicht je-

Kurzum, beim direkten Besuch des Chefs der Fastfood-Kette durch Genoss_innen der FAU ging dieser, nach einem Telefonat mit seinem Anwalt, zum Bankautomaten und zahlte die fehlende Kohle sofort aus. So kann schnelle direkte Hilfe auch aussehen. Und so konnte, ohne ein Gericht zu bestellen, direkt – bei der nicht gerade kleinen Fastfood-Kette – der Lohn eingetrieben werden.

Lohnspiegel-Kampagne

Die Niedriglohnschwelle liegt bundesweit bei 10 Euro/Stunde und selbst die wird bei immerhin 21 Prozent aller Arbeitnehmer_innen unterschritten. In Freiburg zahlt die Gastronomie nur knapp über dem Mindestlohn (siehe unten). Selbst bei Lidl – nicht gerade für gute Arbeitsbedingungen bekannt – gibt es einen firmeninternen Mindestlohn von 12 Euro/Stunde. Bei den exorbitanten Mieten in Freiburg ist das Lohnniveau mehr Hohn als Lohn. Um eine Rente über dem Existenzminimum zu bekommen, müssten mindestens 12,63 Euro/Stunde bei einer Vollzeitstelle verdient werden. Der mittlere Bruttostundenlohn in der gesamten Wirtschaft lag 2016

bei 16,60 Euro. Davon sind die Beschäftigten in der Gastronomie bei ihren Teilzeitstellen und Löhnen noch weit entfernt. Nach unserer Erhebung in 2018 zahlen fast ein Viertel der Freiburger Gastronomie lediglich den Mindestlohn oder darunter. 40 Prozent zahlen um die 9€/Std. Der Rest lediglich um die 10€/Std. Daher schlagen wir vor: Machs wie bei Lidl, 12 €/Std. Minimum!

Wir kriegen nur, wofür wir kämpfen. Gastronom_innen aller Tresen vereinigt euch!

FAU Freiburg im Breisgau

Auch die FAU Bern versucht, Menschen in der Gastronomie zu organisieren. Falls du oder Bekannte von dir in der Gastronomie arbeiten, dann melde dich bei uns.

Besonders gerne wird in der Schweiz der Pickettdienst, also die Reserve im Service, nicht bezahlt, falls diese Schicht „nicht arbeiten“ muss. Dabei gilt aber eigentlich: Wenn du im Betrieb anwesend bist, dann musst du auch bezahlt werden!

Zudem ist auch in der Schweiz der Aufenthaltstatus ein Druckmittel: Menschen mit B-Ausweis oder geringer riskieren bei Schwarzarbeit die Ausweisung. Der Betrieb hingegen riskiert nur eine Busse. Das rassistische System der Schweiz unterstützt somit aktiv die Ausbeutung prekär arbeitender Migrant_innen!

Wer Menschen bedient hat Besseres verdient!

Sexuelle Belästigung
Niedrige Löhne
Miese Arbeitszeiten
Ungerechte Chefs

Menschen in der Gastronomie sind mit vielen Problemen konfrontiert.

Kenne deine Rechte!

mehr dazu auf faubern.ch/index.php/gastronomie.html
oder

FAU Die Basisgewerkschaft

„Wenn Frau will steht alles still“

1991 sah mehrere Jubiläen: 700 Jahre Eidgenossenschaft, 20 Jahre Frauenwahlrecht und 10 Jahre Gleichstellungsartikel. Doch von Gleichstellung konnte keine Rede sein. Wider die Umstände traten Frauen* in der Schweiz 1991 in den Generalstreik. Dabei zeichnete sich ein Schulterchluss von Klassenkampf und Feminismus ab. Dieser Tag bewies: „Wenn Frau will, steht alles still“.

Die ewige Nachzüglerin Schweiz

Die Schweiz war 1971 – bzw. erst 1990 in allen Kantonen – eines der letzten Länder Europas, welche das Frauenstimm- und Wahlrecht einführten¹. Anders als

¹ Sechs von 20 Kantonen, nämlich Waadt, Neuenburg, Genf, die beiden Basel und das Tessin gewähren das Stimmrecht auf Kantonalebene z.T. schon 10 Jahre früher. Die Landesgemeinde Appenzell Innerrhoden hingegen führte dies erst 1989 ein, Auserrhoden musste gar vom Bundesgericht 1990 dazu gezwungen werden.

in vielen Ländern wurde die politische Gleichberechtigung per „Volks“entscheid durchgesetzt, nicht von der Regierung verordnet. Das hiess, dass die männliche Stimmbevölkerung „so nett“ sein musste, den Frauen* die Teilhabe zu gewähren.

Erkämpfte Rechte

Dies war nicht einfach auf den guten Willen der Männer* mit Schweizer Pass zurückzuführen, sondern geschah vielmehr auch durch den Druck und den erfolgreichen Kampf der Frauenbewegung. Wie bei allen Formen der Unterdrückung, sei es nun Klasse, People of Color oder Jüd*innen, war eine starke und breite Organisation der Schlüssel zum Wahlrecht. Doch dabei durfte und sollte es auch nicht bleiben. Schon die stark anarchosyndikalistisch geprägte Anarcha-Feministin Emma Goldman stand dem erbitterten Kampf um das Stimmrecht in den USA um 1900 äusserst skeptisch gegenüber. Die Beteili-

gung der Frauen am Staat würde nichts an der Ungerechtigkeit ändern, welche Kapitalismus, Kolonialismus und Staat herbeiführen. Laut Goldman führe das Wahlrecht nur dazu, dass die Menschen ihre Unterdrückung und die geschickten Mechanismen dahinter nur noch weniger sehen. Darin sollte sie lange Recht behalten. Zu viele der damaligen Aktivist_innen der Frauenbewegung versteiften sich auf diese eine vermeintlich heilbringende Forderung und vergassen dabei, dass dadurch Sexismus nicht endete, von Klassenunterdrückung oder Rassismus ganz zu Schweigen. Auch nicht in der Schweiz.

Gleichberechtigung auf dem Papier

Goldman behielt Recht im Unrecht: Das Stimmrecht änderte an der Unterdrückung der Frauen* zu wenig. Der Kampf ums Wahlrecht führte jedoch zu einem neuen Selbstbewusstsein und Vernetzung

(Fortsetzung auf Seite 8)

Frauenstreik 1991 (von Seite 7)

unter Frauen*gruppen. Der sichtbarste parlamentarische Erfolg war die Annahme des Gleichstellungsartikels 1981. Dieser führte rechtlich gesehen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Gleichberechtigung in der Familie ein. Jedoch nur auf dem Papier. Nebst der miserablen Vertretung in Parlament und Bundesrat war weder Lohngleichheit noch Gleichheit in Familie und Gesellschaft gegeben. Die Regierung überliess die weibliche Bevölkerung immer noch den patriarchalen Strukturen, allen voran in der Familie.

Der Staat enttäuschte

10 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels und 20 Jahre nach der Einführung des Wahlrechts wurden immer noch ungleiche Löhne bezahlt, Abtreibung war immer noch verboten, die Care-Arbeit² war immer noch entweder schlecht oder gar nicht bezahlt und meist von Frauen* verrichtet. Die ökonomische und soziale Benachteiligung und die Doppelbelastung durch Care- und Lohn-Arbeit bestand immer noch. Der Umstand, dass sowohl Wahlrecht wie auch Gleichstellungsartikel wenn überhaupt nur äusserst schleppend die Lage der Frauen* verbesserte, sorgte in immer grösseren Teilen der weiblichen Bevölkerung für Frustration und Wut.

Es reicht!

Je näher das Jubiläum des Gleichstellungsartikels kam, umso mehr gewann die Idee eines Generalstreiks an Bedeutung. Besonders die gewerkschaftsnahen Frauen* wussten um die Durchschlagskraft dieses Mittels des Arbeitskampfs.

Im Oktober 1990 beschloss der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB auf Antrag des Unia-Vorläufers SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)³ den landesweiten Frauenstreik für den 14. Juni. Viele Frauen*gruppen bis ins bürgerliche Lager hinein schlossen sich dem Anliegen

² Darunter fallen Arbeiten, welche mit Betreuung, Pflege, Erziehung und auch Hausarbeiten zu tun haben. Kindererziehung, Hausarbeiten und Pflege von Angehörigen machen den Grossteil der unbezahlten Arbeit aus, weiter gefasst zählt auch Beziehungsarbeit dazu.

an und unterstützten die Aufforderungen. Landesweit gründeten sich Komitees, welche das ambitionierte Unterfangen vorbereiteten. Das starke Anwachsen der Komitees war auch ein Zeichen dafür, wie unzufrieden Frauen* in der Schweiz mit der vorherrschenden Geschlechterungleichheit waren.

Wider den Umständen

Ein Streik welcher den Care-Bereich miteinbezieht, bringt gewisse Probleme mit sich: Anders als bei einer Baustelle oder Fabrik kann die Care-Arbeit nicht einfach einen Tag ruhen. Eine Person im Büro kann einen Tag fehlen. Ein_e



Pfleger_in kann nicht einfach einen Tag fehlen, Menschen sind auf diese Arbeit angewiesen, z.T. ist sie sogar überlebensnotwendig. Daher ist es auch nicht erstaunlich, dass der bezahlte Care-Sektor meist miserable Arbeitsbedingungen aufweist. Die Arbeitenden sind mit der Unmöglichkeit eines Streiks meist dem ultimativen Kampfmittel beraubt.

Im unbezahlten Bereich, also zum Beispiel Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen wirken nebst ökonomischen Faktoren noch sozialer Druck mit. Stärker als heute war in den Neunzigern ein konservatives Bild der Frau als aufopfernde Mutter und Pflegerin vorhanden. Abweichungen von dieser gesellschaftlichen Vorstellung wurden mit Ächtung bestraft.

³ Die Idee des Frauengeneralstreiks sei, so die Geschichte, auf eine Gruppe Uhrenarbeiterinnen aus dem Vallée de Joux zurückzuführen, welche sich über die immer noch vorhandenen Lohnunterschiede im Betrieb empörten.

Der grösste Streik seit 1918

Der Frauenstreik war in seiner Mobilisierung einer der erfolgreichsten Streiks der Schweiz⁴. Rund eine halbe Million beteiligten sich daran. Es kam zu Massendemonstrationen in den Städten und kleineren Aktionen in den Dörfern. Die Organisator_innen selbst waren überrascht von der schieren Menge an Menschen. So waren Besammlungs- und Endpunkte des Sternmarschs in Zürich überfüllt.

Diverse Aktionen

Die Streikkomitees hatten ein breites Repertoire an Aktionen geplant. Nebst den Demonstrationen kam es auch zu kurzen Verkehrsblockaden. Menschen welche nicht streiken konnten, wie eben zum Beispiel in der Pflege, machten dies durch Transparente in ihren Betrieben sichtbar. Teilweise kam es zu verlängerten Pausen, Übergaben von

Forderungen an die Chefs, Bummelstreiks, Administrativstreiks⁵ oder Solidaritätsbesuchen in den Betrieben. Dem Verkaufspersonal in den grossen Ladenketten wurden zum Beispiel Klappstühle vorbeigebracht, damit sich das Personal auch mal setzen konnte. Dies wurde durch eine Gruppe solidarischer Menschen durchgesetzt, wodurch die Chefs machtlos zusehen mussten.

Verschmelzung verschiedener Kämpfe

Der Frauenstreik zeigte auf, welche Stärke vereinte Kämpfe entfalten können. Einerseits waren die genannten Pro-

⁴ Selbst wenn man das Bevölkerungswachstum miteinbezieht. Der Landesstreik umfasste etwa 6% der Bevölkerung, der Frauenstreik 1991 umfasste ca. 7% der Bevölkerung.

⁵ Beim Bummelstreik wird absichtlich langsam gearbeitet, der Administrativstreik verweigert z.B. in der Pflege die Erledigung der Leistungsabrechnung, wodurch zwar Arbeit geleistet wird, aber der Betrieb dadurch nicht vollumfänglich von den Krankenkassen bezahlt wird.

bleme feministischer Art, also zum Beispiel einengende Geschlechterrollen, die Care Arbeit als „Frauensache“ oder die nur angekratzte Macht des Patriarchats. Andererseits zeigte der Streik eben auch auf, dass die Unterdrückung durch Sexismus vom Kapitalismus zumindest begünstigt wird. Lohnungleichheiten sind dabei nur ein Teil, meist ist die Doppelbelastung durch bezahlte und unbezahlte Arbeit auf die Schultern von Frauen* geladen. Wenn die Care-Arbeit wie alle Arbeit bezahlt werden müsste, wäre das kapitalistische System ruiniert. Und genau dies zeigt ein Frauenstreik, welcher auch unbezahlte Care-Arbeit umfasst, auf: Wenn die üblichen Personen die Kinder und Pflegebedürftigen nicht mehr betreuen, so kommt die Wirtschaft ins Stocken oder gar zum Erliegen. Daher sind die Adressat*innen dieses Streiks auch sehr verschieden. Ein konventioneller Streik umfasst die Chefs, welche Lohndumping betreiben und z.B. auch die prekäre Situation alleinerziehender Migrant*innen ausnutzen; feministisch wendet er sich jedoch auch gegen eine Gesellschaft, welche die unbezahlte Care-Arbeit nicht nur als selbstverständlich hinnimmt, sondern auch als „naturgegebene Frauensache“ abtut. Als letztes sollte er sich jedoch auch gegen das Migrations- und „Wohlfahrtsstaats“regime der Schweiz wenden: Denn gerade Migrant*innen fehlt oft ein breites soziales Netz, welches sie unterstützen könnte.

Kaum mehr Streik-Tradition oder Kündigungsschutz

Erschwerend in der Schweiz war, dass zu dieser Zeit Streiks eher zu einer Seltenheit geworden waren. Umso erstaunlicher war daher die breite Beteiligung verschiedener politischer Lager. Das andere Problem waren – und ist – der miserable Kündigungsschutz in der Schweiz. Fristlose Kündigungen aufgrund der Teilnahme an einem legitimen, also anerkannten, Streik sind zwar verboten. Ein Anrecht auf Wieder- oder Weiteranstellung hat mensch jedoch nicht. Meist werden solche missbräuchlichen Kündigungen mit Monatslöhnen von einem bis drei Monaten entschädigt. Normale Kündigungen mit Einhaltung einer Kündigungsfrist sind jedoch jederzeit möglich. Dies erhöht in der Schweiz die

Risiken eines Streiks und macht diese daher schwieriger. So folgten auch nach dem Frauenstreik Kündigungen.

Erfolgreicher Streik: Doch wie weiter?

Der Streik zeitigte mehrere Erfolge. Parlamentarisch wurde der Gleichstellungsartikel der Verfassung per Gesetz teilweise durchgesetzt. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wurde offiziell strafbar gemacht. 2002 kam die Fristenregelung, welche nun bis zur zwölften Woche Abtreibungen legalisierte und 2004 folgte die Mutterschaftsversicherung. Der Druck der Strasse führte also zu gesetz-



lichen Verbesserungen. Wichtiger waren jedoch die Erfolge abseits des Gesetzlichen. Denn die geschmiedeten Kontakte des Frauenstreiks blieben erhalten, wodurch sich neue Gruppen bildeten und sich ein breites Netzwerk entfaltete. Die zwischenmenschlichen Machtverhältnisse, zum Beispiel die Geschlechterrollen, können nicht gesetzlich festgeschrieben verändert werden, sondern müssen im „Privaten“ angegangen werden. Und genau dies konnte durch das neue Selbstbewusstsein und die Netzwerke vorangetrieben werden. Das wichtigste war, dass das Engagement nicht einfach auf einen Tag begrenzt blieb, sondern die Stärke aus dem Streik mitgenommen wurde. Und das nicht blind dem Parlament vertraut wurde. Denn das staatliche Parlament ist vor allem für die Mächtigen da, nicht die Unterdrückten. Daran ändert auch das Wahlrecht wenig.

2019 mit Stern

All diesen Erfolgen zum Trotz wehren sich Gesellschaft und Staat immer noch gegen einen umfassenden Wandel hin zu echter Emanzipation. In der Zwischenzeit hat sich der feministische Fokus weg von einer Zweigeschlechtlichkeit verschoben. Mittlerweile rücken Themen wie Queerness⁶ oder LGBTIQ*-Rechte. Daher erweitern sich 2019 auch die Forderungen. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Bezeichnung der Auflage von 2019. Während 1991 schweizweit Frauenstreik verwendet wurde, setzt sich 2019 das Sternchen, also Frauen*streik durch. In der Romandie gibt es sogar Bestrebun-

gen, Femmes wegzulassen und den Streik lediglich *Grève Feministe* zu nennen. Der Feministische Streik 2019 findet am 14. Juni statt. Schweizweit haben sich bereits mehrere selbstständige Koordinationsgruppen gebildet.

Die FAU Bern solidarisiert sich mit dem Streik und fordert alle auf, sich an diesem zu beteiligen.

FAT

⁶ Queer ist ein überaus breiter Begriff: Er umfasst eine andere Auslegung des Geschlechts Mann* und Frau* und führt eben auch zum Sternchen, welcher als Hinweis darauf dient, dass Geschlecht von der Gesellschaft geschaffen und wenig bis gar nicht biologisch bedingt ist. Queer bedeutet daher teilweise auch Non-Binary, also die Ablehnung der Kategorien Mann und Frau.

Das andere Geschlecht

"Ich habe lange gezögert ein Buch über die Frau zu schreiben." Mit diesem überraschenden Satz beginnt de Beauvoirs Buch *Le deuxième sexe*. Relativ bekannt ist der Satz, mit welchem der zweite Band beginnt: "On ne nait pas une femme, on le devient." Die Lektüre offenbart einerseits wie angenehm unaufgeregt und sachlich sich de Beauvoir dem Thema widmet und andererseits wieviele ihrer Erkenntnisse ins feministische Allgemeinwissen übergegangen sind.

De Beauvoir beginnt damit, dass sie zunächst die biologischen Unterschiede der Geschlechter, freilich besonders die Biologie der Frau untersucht, ohne daraus übereilte Schlüsse einer mutmasslichen Über- oder Unterlegenheit des einen oder anderen Geschlechtes zu ziehen. (Die ganze biologische Thematik scheint seltsamerweise im gegenwärtigen Diskurs, zumindest im akademischen, keine Rolle mehr zu spielen. Während die angeblich natürliche Bestimmung der Frau zum Mutterdasein im rechten Diskurs eine um so grössere Rolle spielt.)

Kritik an der Psychoanalyse und dem Marxschen Materialismus

Im Anschluss daran unterzieht sie sowohl die Psychoanalyse als auch den marxistischen Materialismus einer treffenden Kritik: An der Psychoanalyse kritisiert sie, dass sie auf ihre Begriffe und Schemata nicht reflektiere. Die Psychoanalyse habe ihre Theorie zu einem dermassen komplizierten Gebilde ausgebildet, dass sie auf jeden Fall anwendbar sei, ohne dass sie auf ihre Gültigkeit befragt werden müsste. Zudem sei die Psychoanalyse von einer männlichen Sicht geprägt, welche keine Notwendigkeit sieht für eine Psychoanalyse der Frau oder eine Geschichte der weiblichen Sexualität und diese stattdessen lediglich von der männlichen ableite. Die Psychoanalyse transportiere also die auf die Antike zurückgehende Konzeption, dass die Frau nichts weiter sei als ein mangelhafter Mann.

Für ihre Kritik am Marxismus geht de Beauvoir aus von Friedrich Engels' Aufsatz *Der Ursprung der Familie*. Die Unterdrückung der Frau, so ihre Kritik, könne nicht auf das Privateigentum zurückgeführt werden: Engels sehe eine kausale Beziehung zwischen der Entstehung des Privateigentums und der damit einsetzenden Unterdrückung der Frau. Engels, so de Beauvoir eskamotiere jedoch die wichtigsten Probleme und weist daraufhin, dass Engels selbst zugebe, über diese historische Phase nichts Genaues zu wissen. Auch der Marxismus postuliere



Simone de Beauvoir entstammte einer bürgerlichen Familie. Schon sehr früh lernte sie Jean-Paul Sartre kennen, mit dem sie bis zu seinem Tod eine offene Beziehung führte. Bis zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 war sie Kommunistin und sympathisierte mit der UdSSR. 1986 starb sie im Alter von 78 Jahren.

zu viele Hypothesen als Fakten – wie menschliches Interesse am Eigentum –, die es erst noch zu beweisen gälte. Mittlerweile existiert eine feministische Richtung der Psychoanalyse und auch im linken Spektrum, bspw. in marxistischen und anarchistischen Milieus hat sich eine Tradition feministischer Theoriebildung entwickelt – wenn auch deren Notwendigkeit oft nicht erkannt wird.

Sitzt man in einer solchen Runde und wird die – aufrichtig naiv gemeinte? – Frage gestellt, ob denn feministische Theorie notwendig sei, wenn Anarchismus bzw. Marxismus die Befreiung aller Menschen zum Ziel hätte, möchte mensch am liebsten die Hände überm Kopf zusammenschlagen. Vielleicht gibt das eine Antwort darauf, ob de Beauvoirs Wälzer heute noch relevant sei.

Verschiedene Unterdrückung und Solidarität

Im zweiten Teil des ersten Bandes entwirft de Beauvoir eine Geschichte der Frau, von Urzeiten bis zu ihrer Gegenwart. Dabei hält sie einige wichtige Erkenntnisse fest, jenseits von binärem Denken. Wenn auch diese Welt, wie sie anfangs festhält, immer den Männern gehört habe, war die Frau nie nur unterdrückt. Am härtesten traf die Unterdrückung jedoch immer die Frauen aus den untersten Schichten. Die Frauen aus den herrschenden Schichten ab der Antike jedoch hatten immer wieder ein kleines Mass an Freiheit und Einfluss. Und ab dem Mittelalter

hatten solche Frauen eine wesentliche Bedeutung für die Kultur und die Künste. Doch all dies war möglich nicht, weil diese Frauen sich hätten emanzipieren können, sondern weil sie sich an die männliche Welt angepasst hätten. Darum könne einer *Jeanne d'Arc* oder einer *Katharina die Grosse* keine Vorbildfunktion zu kommen, da sie in einer Männerwelt nach deren Regeln agierten.

De Beauvoir legt den Finger auch in eine äusserst schmerzhaft Wunde. Frauen sind nicht mit Frauen solidarisch. Weisse Frauen sind mit weissen Männern solidarisch gegen nicht-weisse Menschen, Proletarierinnen sind solidarisch mit proletarischen Männern, schwarze Frauen mit schwarzen Männern etc. Gerade in den herrschenden Schichten Europas hatte und hat die Frau einen parasitären Status inne. Auch dieser ist freilich von Unterdrückung gekennzeichnet, von einer privilegierten jedoch. Man muss sich diesen Umstand vergegenwärtigen, um zu begreifen, warum Frauen erst vor relativ kurzer Zeit sich zu emanzipieren begannen.

Mythen

Der dritte Teil untersucht die Mythen. Im engeren Sinne einerseits, wie sie sich bspw. in der Antike, im Judentum und Christentum und bei indigenen Völkern finden. De Beauvoir streicht dabei die universelle männliche Furcht und gleichzeitige Faszination heraus, welcher Frauen ausgesetzt waren und sind. Häufiges Element ist das Tabu um die menstruierende Frau. Bei vielen Ethnien und Religion gilt diese während der Menstruation als unrein. Auch in diesem Kapitel glänzt de Beauvoirs differenzierendes Denken; so zitiert sie ein Beispiel aus der Literatur, in dem ein Mann mit der Menstruation einer Frau konfrontiert ist und sich vor dem Menstruationsblut eckelt. Diesen konkreten Ekel - Blut ist nun einmal ein Körpersaft und diese sind nicht gerade appetitlich - unterscheidet sie von der mythischen Projektion.

Um Mythen im weiteren Sinne geht es, wenn sie ausgewählte, ausschliesslich männliche Autoren auf die Darstellung von Frauen in deren Texten untersucht. Dieses Kapitel ist etwas harzig zu lesen, denn zu Beginn des jeweiligen Abschnittes nimmt de Beauvoir ihre Thesen vorweg, so dass nach Lektüre der ersten paar Beispiele der Rest des Abschnittes überflüssig erscheinen mag. Der inhaltlichen Relevanz tut dies jedoch keinen Abbruch.

Insgesamt zeigt de Beauvoir in diesem Kapitel, dass sich die Frage nicht darum dreht: negatives oder positives Frauenbild. Denn letzteres kann ebenso einem Mythos entspringen. Sondern - und es ist erschreckend und sagt erschreckend viel, wenn es ausformuliert wird - es muss darum gehen, die Frau als menschliches Wesen wahrzunehmen.

Stendhal ist der einzige Autor, den sie als positives Beispiel analysiert und ihm eine ebensolche Sicht attestiert.

Der einzige Schwachpunkt des Buches ist ein methodischer: viele Zitate sind nachgewiesen, jedoch nicht alle. Jene, die es nicht sind, vermutlich deshalb nicht, weil sie als bildungsbürgerliches Allgemeingut gelten. Doch gerade im zweiten Kapitel über Geschichte wären die Leser_innen dankbar über die eine oder Quellenangabe, gerade da de Beauvoir einen anderen Blick auf die Geschichte wirft.

Nichtsdestotrotz: wer glaubt, das Buch habe nach 1968 und den Folgen an Aktualität eingebüsst, täuscht sich. Ja, Fortschritte haben stattgefunden. Doch so viel weiter sind wir nicht. Gerade auch angesichts des konservativen Backlashs ist dieses Buch weiterhin aktuell.

BB



Simone de Beauvoirs Werk erschien 1949 unter dem Titel *Le deuxième sexe*

Die Deutsche Übersetzung *Das andere Geschlecht* ist weithin erhältlich
Preis: 20-30 CHF
944 Seiten

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Unions in den Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!
131 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Achtstundentag gestreikt wurde. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gefordert werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

100 Jahre Frauenbewegung
Die Geschichte der Frauenbewegung ist eine Geschichte der Kämpfe um die Anerkennung der Frauen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gefordert werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

100 Jahre Frauenbewegung
Die Geschichte der Frauenbewegung ist eine Geschichte der Kämpfe um die Anerkennung der Frauen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gefordert werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

abonnieren?

Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)

Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:

di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern

oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Schwangerschaft & Arbeit

Es gibt einige Schutzbestimmungen für Schwangere und Stillende:

Schwangere und Stillende dürfen nicht mehr als neun Stunden täglich arbeiten. Sie dürfen nur mit ihrem Einverständnis beschäftigt werden und dürfen die Arbeit auf blosser Anzeige hin verlassen oder fernbleiben.

In den letzten 8 Wochen dürfen Schwangere nur noch am Tag (6-20 Uhr) arbeiten. Wenn der Betrieb keine Arbeit in dieser Zeit zuteilen kann, muss er 80% des Grundlohns bezahlen. Stehende Arbeit ist nur mit Einschränkungen erlaubt; gefährliche oder beschwerliche Arbeit ist gar nicht erlaubt. Wenn der Betrieb keine diesen Vorschriften entsprechende Arbeit zuteilen kann, muss er ebenfalls 80% des Grundlohns bezahlen.

Nach der Geburt gilt ein Arbeitsverbot von 8 Wochen, sowie das Recht 16 Wochen lang der Arbeit fern zu bleiben. Als letztes Land in Westeuropa hat die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung bekommen: Nach der Geburt muss der Mutter der Lohn während 14 Wochen zu 80% weiterbezahlt werden. In einigen Branchen gibt es GAV, die bessere Bedingungen vorschreiben.

Wichtig: Da du nach der Niederkunft 16 Wochen lang der Arbeit fernbleiben darfst, reicht es auf jeden Fall, wenn du deine Stelle erst nach der Geburt kündigst, falls du nachher nicht mehr arbeiten willst. Nütze dies aus!

Nützliche Adressen

www.viavia.ch/ratgeber -> Schwangerschaft, Mutterschaft.

Lohn bei Arbeitsverhinderung

1. Lohn bei Unfall

Alle Arbeitnehmer_innen müssen obligatorisch für einen Lohnersatz (Taggeld) von 80% gegen Betriebsunfall (während Arbeit und Arbeitszeit) versichert sein. Wer mehr als 8 Stunden pro Woche arbeitet, muss obligatorisch auch für Nicht-Betriebsunfälle versichert sein. Auch wenn der/die Arbeitgeber_in keine Unfallversicherung abgeschlossen hat, erhält der/die Arbeitnehmer_in trotzdem die Leistungen bei Unfall (meist über die SUVA).

2. Lohn bei Krankheit oder Schwangerschaft

Bei Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit oder Schwangerschaft muss der Arbeitgeber während einer bestimmten Zeit den Lohn weiterhin zahlen.

Es gibt von Region zu Region verschiedene Skalen, die gelten, wenn im Arbeitsvertrag keine bessere Regelung vorhanden ist. Grundsätzlich gilt: Je länger du für denselben Betrieb arbeitest, desto länger muss dieser den Lohn fortzahlen.

Achtung: In den ersten drei Monaten eines neuen Arbeitsvertrags muss bei Krankheit keine Lohnfortzahlung geleistet werden!

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 250
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch